

«Die Schweiz darf nicht abseitsstehen»

In einer vernetzten Welt lässt sich auch Sicherheit nur noch global organisieren. Die Schweiz hat dies erkannt und leistet deswegen wichtige Beiträge an Nato-Operationen. Von Anders Fogh Rasmussen

Der heutige Anlass ist nach einem der grössten Staatsmänner der modernen Geschichte benannt. Winston Churchill war ein früher Befürworter der Zusammenarbeit in Europa, und er trat für ein starkes amerikanisches Engagement in Europa ein. Seine kühne Vision inspiriert bis auf den heutigen Tag Politiker – mich eingeschlossen. Hier in Zürich skizzierte Churchill sein leidenschaftliches Plädoyer für die Schaffung der «europäischen Familie» und die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa. Churchill sprach 1946 in einem unter Ruinen begrabenen Kontinent, und so begann er seine Rede mit dem Hinweis auf die europäische Tragödie. 66 Jahre später bin ich in der glücklichen Situation, über den Triumph Europas sprechen zu können. Ja, wir haben eine ernste Wirtschaftskrise, und viele Europäer kämpfen mit Not und Verarmung. Aber diese Widrigkeiten dürfen nicht dazu führen, dass die seit den dunklen Tagen der Nachkriegszeit erreichten Erfolge in den Hintergrund gedrängt werden.

Wir erleben weder Terror noch Tyrannei, sondern eine in der Geschichte in dieser Form beispiellose Periode des Friedens, des Fortschritts und des Wohlstandes. Aus Europas Tragödie wurde Europas Triumph, weil wir Churchills Traum haben wahr werden lassen. Churchill war klarsichtig und vorausschauend. Er legte den Weg dar, den Europa seiner Ansicht nach einschlagen musste, um die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Schwierigkeiten jener Zeit zu überwinden. Wir sind auf diesem Weg ein grosses Stück voran-

Die Schweizer Armee hat von den Einsätzen im Ausland und von der Zusammenarbeit mit der Nato profitiert.

gekomen. Es ist uns gelungen, die europäische Familie zusammenzubringen. Wir haben Strukturen geschaffen, die uns ein Leben in Frieden, Sicherheit und Freiheit ermöglichen. Und wir stehen kurz davor, ein Europa zu schaffen, das in seiner Gesamtheit geeint und frei ist.

Eine der wichtigsten Strukturen, die wir aufgebaut haben, ist die Nato. Seit ihrer Gründung 1949 kommt der transatlantischen Allianz in der Wahrung des Friedens in Europa eine tragende Rolle zu. Indem sie Europa und Nordamerika permanent verband, hat die Allianz die Sicherheit und Stabilität geschaffen, in der alle unsere Nationen, auch die Schweiz, prosperieren konnten.

Unter dem Schuttschirm der Nato wurde die EU zur grössten Triebfeder für die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit auf unserem Kontinent. Nach dem Ende des Kalten Krieges reichten die Nato und die Europäische Union den befreiten Nationen Mittel- und Osteuropas die Hand. Wir halfen bei der Umsetzung schwieriger, aber unabdingbarer Reformen – und wir öffneten unsere Tore für neue Mitglieder. Während der letzten 15 Jahre hat sich unsere Allianz von 16 auf 28 Mitgliedsstaaten vergrössert. Und unsere Tore bleiben auch in Zukunft geöffnet.

Dies sind alles beträchtliche Errungenschaften. Wenn wir diese feiern, dann dürfen wir nicht die entscheidende Rolle der Vereinigten Staaten in dieser Erfolgsgeschichte vergessen. Amerika hat sich nachhaltig wirtschaftlich, politisch und militärisch in Europa engagiert. Während des Zweiten Weltkrieges halfen die USA, Europa vom Übel des Nationalsozialismus zu befreien. Unmittelbar nach dem Krieg bestand die Sorge, dass sich Amerika zurückziehen könnte. Doch stattdessen – es wirkt beinahe wie eine Antwort auf Churchills Zürcher Rede – beschlossen die Vereinigten Staaten, sich weiterhin mit und für Europa einzusetzen.

Der Marshall-Plan legte die Grundlage für Europas wirtschaftliche Erholung. Und dieses ökonomische Engagement war gepaart mit einer beachtenswerten militärischen Verpflichtung, die die Vereinigten Staaten gegenüber der Nato eingingen. Während des Kalten Krieges halfen die politische Entschlossenheit und die militärische Präsenz Amerikas auf unserem Kontinent, uns alle vor der Bedrohung durch die Sowjetunion zu schützen.

Am Ende des vergangenen Jahrhunderts, als der Balkan im Bürgerkrieg versank, waren es die USA, die die Führung übernahmen. Nordamerika und Europa verhinderten so zusammen einen weiteren Genozid in Europa. Europa war während des Kalten Krieges «Nutzniesser» der Sicherheitsanstrengungen in der Nato. Doch seither sind die europäischen Staaten zu wichtigen «Anbietern» von Sicherheit geworden. Heute sind mehr europäische Truppen denn je an internationalen Einsätzen beteiligt: an den Nato-Operationen in Afghanistan, in Kosovo, im Mittelmeerraum und vor der Küste Somalias. Zudem stellen viele europäische Staaten Truppen für Missionen der Uno oder der EU bereit. Im vergangenen Jahr, als die Nato und ihre Partner die libysche Zivilbevölkerung im Rahmen einer Uno-Mission schützten, spielten die europäischen Alliierten eine führende Rolle.

Diese Engagement ist ein Zeichen dafür, dass Europa nun fähig ist, eine grössere sicherheitspolitische Rolle zu spielen, innerhalb der Grenzen des Bündnisgebietes und darüber hinaus. In einer Welt, in der unsere Wirtschaft zunehmend global agiert, lässt sich auch unsere Sicherheit nur durch globale Anstrengungen bewahren. Bedrohungen wie Terrorismus, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Kriegs-

führung im Internet kennen keine Grenzen. Instabilität auf der anderen Seite der Welt kann einen direkten Einfluss auf unsere Sicherheit zu Hause haben. Heute verlangen territoriale Verteidigung und Sicherheit eine globale Perspektive.

Als Reaktion auf die dramatischen Veränderungen in unserem Sicherheitsumfeld hat sich die Nato ebenfalls verändert. Wir haben Massnahmen ergriffen, die über unsere Grenzen hinausreichen, um unsere Werte und unsere Sicherheit zu verteidigen. Wir machen unsere militärischen Kräfte flexibler und besser einsetzbar. Und wir haben die Zusammenarbeit mit unseren Partnerländern, alten wie neuen, verstärkt. Doch in all diesen Bereichen ist es notwendig, noch mehr zu tun. Wir müssen mehr und effizienter in Sicherheit und Verteidigung investieren. Die Bereitschaft, sich wenn nötig auch über die eigenen Grenzen hinaus zu engagieren, muss steigen. Und wir müssen auf der ganzen Welt sicherheitspolitische Partnerschaften eingehen.

Ich freue mich, sagen zu können, dass auch die Partnerschaft zwischen der Nato und der Schweiz immer enger wird. Die Schweiz weiss, dass sie es sich nicht leisten kann, abseits-zustehen – auch wenn sie kein Mitglied ist. Sie wissen, dass Sicherheit heute auf Zusammenarbeit beruht, und dieses Wissen haben Sie durch tatkräftiges Engagement unterstrichen. Die Schweiz hat zahlreiche und wichtige Beiträge für Nato-Operationen geleistet. So sind heute über 200 Schweizer an unserer Mission beteiligt, die Entwicklung eines friedlichen, stabilen und multiethnischen Kosovo zu unterstützen. Ich möchte die heutige Gelegenheit nutzen, diesen Soldaten sowie den Schweizer Behörden für ihren Einsatz zu danken. Sie haben geholfen, den Frieden im Herzen Europas zu erhalten.

Die Schweizer Armee hat von diesen Einsätzen im Ausland und von der Zusammenarbeit mit der Nato profitiert. Die Modernisierung der Schweizer Streitkräfte wurde dadurch gefördert; Richtlinien und Abläufe der Nato wurden übernommen, was die Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten erleichtert. Zudem hat diese Beteiligung der Schweiz eine Stimme im politischen und militärischen Entscheidungsprozess der Nato gegeben. Die Zusammenarbeit geht aber weit über solche Operationen hinaus. In all diesen Jahren hat Ihr Land enorme Glaubwürdigkeit und grosses Vertrauen erlangt, nicht nur bei den Nato-Partnern. Mit Ihrer Diplomatie und Ihrer Vermittlungstätigkeit leisten Sie einen essenziellen Beitrag zur Sicherheitszusammenarbeit. Die Schweiz hat eine lange und stolze Geschichte als Experte für internationale Normen und Gesetze. Während der letzten Jahrzehnte waren die Vereinten Nationen, der Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für die Schweiz wichtige Plattformen, um diese Anliegen voranzutreiben. Aber auch die Partnerschaft mit der Nato hat Ihnen während der vergangenen 15 Jahre dabei geholfen.

Die Gründe dafür sind einfach. Die Schweiz und die Nato teilen die gleichen Werte: Freiheit, Demokratie und den Respekt für die Menschenrechte. Wir halten es beide für wichtig, diese Werte in einer unsicheren Welt zu verteidigen und weiterzuerweitern. Und wir verstehen beide, dass echte Demokratien stets stabiler sein und die Sicherheit all unserer Nationen verbessern werden. Aufgrund dieser gemeinsamen Werte hat die Schweiz beträchtlich in die Programme der Nato-Partnerschaft investiert. Sie haben Fachkräfte für die Reform der Streitkräfte, für militärische Ausbildung sowie für den Aufbau demokratischer Institutionen bereitgestellt. Ihre Fachleute arbeiten mit der Nato zusammen, um transparen-

Europa ist fähig, eine grössere sicherheitspolitische Rolle zu spielen – im Bündnisgebiet und darüber hinaus.

tere und demokratischere Institutionen aufzubauen. Und dafür möchte ich Ihnen danken.

In jüngerer Vergangenheit hat die Schweiz Interesse daran bekundet, den politischen Dialog und die praktische Zusammenarbeit mit der Nato zu erweitern, um damit auch Bereiche wie die Cyber-Sicherheit und die Bekämpfung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen einzubeziehen. Wir begrüssen dieses Interesse und freuen uns auf eine engere Zusammenarbeit. Die Schweiz würdigt auf diese Weise auch die Verdienste der Partnerschaft mit der Nato.

Wenn ich heute zurückblicke auf all unsere Erfolge, bin ich stolz, sagen zu können, dass Europa wiederauferstanden ist, wie es Churchill in Zürich einst formulierte. Und ich bin auch stolz auf die Rolle, welche die Nato und die Schweiz zusammen gespielt haben, um Churchills Vision von Europa zu vollenden. Wir sind starke Sicherheitspartner. Wir glauben entschieden an die Freiheit und an demokratische Werte. Und wir leisten beide einen bedeutenden Beitrag für den Frieden und die Stabilität Europas und der Welt. Ich bin zuversichtlich, dass wir diese Zusammenarbeit weiter vertiefen werden. Denn alleine dank einer engen Kooperation können wir den Frieden fördern, unsere gemeinsamen Werte bewahren und die «europäische Familie» beschützen.

Anders Fogh Rasmussen ist Generalsekretär der Nato. Er hat am Donnerstagabend die Churchill Lecture 2012 am Europa-Institut der Universität Zürich gehalten. Der Text ist eine leicht gekürzte Fassung der Rede.

Das Lobbying ist zu reformieren

Für mehr Transparenz. Von Dominique Reber, Hugo Schittenhelm und Victor Schmid

Die Zusammensetzung unseres Parlaments widerspiegelt die Gesamtheit der gesellschaftlichen, regionalen und wirtschaftlichen Interessen, die sich auf dem komplexen «Markt» der Demokratie artikulieren und durchsetzen wollen. Die Akteure in National- und Ständerat stützen sich auf Meinungen, Argumente, Zahlen, Informationen, Expertisen, Netzwerke und Erfahrungen, über die sie entweder selber verfügen oder zu denen sie sich erst Zugang verschaffen müssen. In diesem Meinungsbildungsprozess spielen Interessenvertreter eine wichtige Rolle. Sie vertreten zum einen die Anliegen der Auftraggeber, zum andern verfügen sie über wertvolles Know-how, auf das die Parlamentarier zurückgreifen können. Professionelle Interessenvertreter leisten einen wichtigen Beitrag zu einer fundierten politischen Debatte.

Effiziente Lösungsfindung

Kritiker des heutigen Systems verweisen darauf, dass dem System die Gefahr der Manipulation innewohne, gerade im Milizsystem. Weit gefehlt: In Deutschland, in der EU und in den USA sind Berufspolitiker am Werk – die Zahl der Lobbyisten und die zur Verfügung stehenden Mittel sind um ein Vielfaches grösser. Am Milizsystem kann es also nicht liegen, im Gegenteil: Dieses System stellt sicher, dass die Parlamentarier mit einem Bein im Berufsleben stehen und sich nicht von Gesellschaft und Wirtschaft entfremden – das beste Rezept, sich gegen Manipulation zu rüsten. In den letzten Jahren hat die Interessenvertretung in Verwaltung und Parlament zweifellos zugenommen. Das liegt vor allem daran, dass die Sachgeschäfte komplexer geworden sind, gerade auch durch die notwendige Abstimmung mit europäischen und internationalen Regelungen. Verbände, Firmen und Institutionen sehen deshalb vermehrt die Notwendigkeit, ihre Sichtweise direkt in der Politik einzubringen. Nicht zu vergessen ist: Die wichtigste Lobbygruppe sind die Behörden selber. Sie geben sich direkt in parlamentarischen Fachkommissionen ein, und Behördenmitglieder sind den Parlamentariern sachlich oft überlegen. Der Rückgriff auf aussenstehende Experten ist deshalb wichtig: Sie können ein Gegengewicht bilden, eine andere Optik einbringen und so zur effizienten Lösungsfindung beitragen.

Bleibt die Rückkopplung mit gesellschaftlichen Kräften ausserhalb der Verwaltung aus, erhöhen sich die Systemkosten: Die Folge sind vermehrte Referenden, was wiederum zu einer Blockade des Politbetriebs führen dürfte. Das Einbringen der Interessen im parlamentarischen Prozess ermöglicht frühes Erkennen von Widerstand und verhindert Konfrontation. Interessenvertretung bringt so einen Mehrwert und trägt zur Kompromissfindung bei.

Wie soll nun das Parlament aber mit Interessenvertretern umgehen? Heute können alle Parlamentarier je zwei persönliche Zutrittsausweise vergeben, ganz nach eigenen Vorlieben. Dies bringt Parlamentarier und Interessenvertreter in Abhängigkeiten, die undurchschaubar und konfliktträchtig sind. Es kann ja durchaus sinnvoll sein, dass Parlamentarier weiterhin an persönliche Mitarbeiter, Assistenten und Familienmitglieder einen Ausweis abgeben können. Interessenvertreter aber sollten sich in einem Register eintragen: Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden, professionellen Agenturen und Firmen müssten sich also formell anmelden – wie das übrigens bei den Bundeshausjournalisten schon lange der Fall ist. Geklärt werden müsste, in welchem Detaillierungsgrad ein Lobbyist seine beruflichen Aktivitäten und Verbindungen offenlegen müsste. Diesbezüglich wären auch die Parlamentarier in die Pflicht zu nehmen, damit kein neues Ungleichgewicht entsteht. Sicher ist: Interessenvertreter sollten sich als solche deklarieren und ihren Arbeitgeber offenlegen. Ist die Akkreditierung erfolgt, kann auf Tagesbasis ein Zugang zum Parlament unter Angabe des Grundes erlangt werden. Mit einem Register, das öffentlich einsehbar ist, würde der Schacher rund um die Vergabe von Zutrittsausweisen ein Ende nehmen. Schliesslich könnte auch die Dauerpräsenz gewisser Lobbyisten im Bundeshaus vermieden werden. Denn ein Dauerausweis wäre in einem solchen neuen Zutrittssystem nicht vorgesehen – und auch nicht sinnvoll.

Zeitgemässe Transparenz

Das schweizerische Milizsystem hat einen beachtlichen Leistungsausweis. Die Arbeit von Interessenvertretern und Verbänden im politischen Betrieb trägt dazu bei, dass die relevanten Informationen und Argumente in die Debatte einfließen – das gilt sowohl für Lobbyisten aus dem Bereich der linken und grünen Politik als auch von bürgerlicher Seite. So kann eher verhindert werden, dass zum Schluss das Stimmvolk via Referendum die Notbremse ziehen muss. Ein gut informierter Parlamentarier mit einem stabilen Wertesystem ist weitgehend gefeit gegen Manipulation und nutzt gezielt Lobbyisten, weil er deren Expertise und Beziehungsnetz zu schätzen weiss. Eine Dämonisierung der Interessenvertretung ist falsch. Hingegen ist eine zeitgemässe und transparente Regelung des Zutritts zum Parlament dringlich.

Dominique Reber, Hugo Schittenhelm und Victor Schmid sind Partner bei der Hirzel.Neef.Schmid Konsultanten AG – und Lobbyisten.